№ 290 Morgen Ausgabe Berlin Freitag, 20. Juni 1924
A 124

Vossische Zeitung

15 Pfennig Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 4.80 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—2668. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2686—2695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Herriot erwidert Le Trocquer.

Krach in der Kammer.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

Paris, 19. Juni.

Die Kammer setzte heute nachmittag die Interpellationsdebatte über die Politik des neuen Kabinetts fort. Der Andrang des Publikums hat erheblich nachgelassen, und die Tribünen sind nur spärlich besetzt. Der frühere Marineminister Bokanowsky beginnt seine Interpellation mit der Erklärung, daß er nicht die Absicht habe, die Tätigkeit der neuen Regierung zu stören, sondern daß er nur im Interesse des Kredites Frankreichs „einige Irrtümer richtig stellen" müsse, die von der Linkspresse in den letzten Tagen aus Haß gegen die frühere Kammer des nationalen Blocks veröffentlicht worden seien. Er behauptet dann unter fortwährender Heiterkeit der Linken, daß niemals seit dem Kriege der Zustand der französischen Finanzen und der französischen Währung so zufriedenstellend gewesen sei, wie gegenwärtig.

Bokanowsky schließt mit der Aufforderung an Herriot, sich über seine Absichten in finanzieller Beziehung klarer zu äußern als in der Regierungserklärung. Er dürfe keinerlei neue Ausgaben machen, ohne sie durch Einnahmen zu decken, wenn er nicht das Gleichgewicht im Budget von neuem stören wolle. Andererseits habe aber seine Partei behauptet, sie wolle manche der von Poincaré bewilligten Steuern wieder abschaffen. Auf welchem Wege wolle die neue Regierung für die ausgefallenen Einnahmen neue schaffen? Er fürchte, daß die neue Regierung heimlich den Gedanken einer Kapitalsteuer erwäge. Jedenfalls, wenn dies nicht der Fall sei, bitte er die Regierung, sich darüber unzweideutig zu äußern. Er verläßt die Tribüne und die Rechte bringt ihm stürmische Ovationen dar.

Der Sozialist Faure besteigt die Tribüne, um eine Erklärung seiner Partei zu verlesen. Seine Partei wird für die neue Regierung stimmen, denn Frankreich habe am 11. Mai klar erklärt, daß es eine Politik des Friedens und der internationalen Solidarität wünscht. „Unsere Partei weiß," sagt die Erklärung wörtlich, „daß vier Jahre der Schäden, welche die Politik des nationalen Blocks anrichtete, sich nicht an einem Tage wieder gutmachen lassen. Sie wird warten können und wird die Regierung um so energischer unterstützen, je mehr Hindernisse man ihr in den Weg legen wird. Wir sind keine Verpflichtung ihr gegenüber eingegangen, wir erwarten nur eine Genugtuung, daß sie sich selbst treu bleibt. Wir verlangen nicht, daß sie unser Programm verwirklicht, sondern das ihrige." (Lebhafter Beifall links. Zwischenruf rechts: „Bis wann?") Faure: „Bis zu Ende. Wir werden getreu bleiben und werden die Rechnung derer zusammen machen, die bereits auf unsere Ungeduld und unsere Zwietracht zählen, um uns zu Boden zu schlagen."

Nach dem Sozialisten Faure erhält der Abgeordnete Le Trocquer, der im Ministerium Poincaré Arbeitsminister war, das Wort. Seine Rede hat den Zweck, vor einer „übereilten" Räumung des Ruhrgebiets zu warnen und eine genaue Definition über die Bedingungen zu verlangen, unter denen die neue Regierung die Räumung vornehmen will. Der erste Teil seiner Rede ist eine scharfe Kritik der deutschen Reparationspolitik bis Ende 1922, eine Kritik, die den Beweis für die Notwendigkeit der Besetzung des Ruhrgebiets liefern sollte.

Le Trocquer schildert, wie die anfänglichen Schwierigkeiten überwunden und sowohl der Verkehr wie auch der Ertrag des Gebietes in kurzer Zeit gehoben wurden. Er rühmt die Mitarbeit der französischen Zoll- und Postbeamten, Militär- und Zivilbeamten und insbesondere den General Degoutte. (Beifall.)

Le Trocquer fährt fort: Man müsse, um sich gegen die Möglichkeit neuer deutscher Verfehlungen zu schützen, die militärische Besetzung aufrechterhalten. (Beifall rechts und in der Mitte. Widerspruch links.) Ist man sicher, daß sich zwischen den Alliierten eine Vereinbarung über die notwendigen Garantien erzielen lassen wird? Die einzige Formel, die Frankreichs Rechte in bezug auf die Reparationen sicherstellt, ist die Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung, bis effektive Zahlung geleistet werden. (Lärm links. Zuruf: „Diese Politik hat das Land verurteilt.") — Le Trocquer: „Keineswegs. Bei der Wahl hat die überwiegende Mehrheit unsere Außenpolitik gebilligt." (Lärm.) „Ich hoffe, daß der Ministerpräsident die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen wird. Die Stunde ist gekommen, die Früchte zu ernten. Möge man nicht in einer allzu hastigen Bewegung den Zweig abbrechen, der die Früchte trägt." (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Hierauf besteigt unter lebhaftem, anhaltendem Beifall der Linken Ministerpräsident Herriot die Tribüne. Er sagt: „Ich würde gern dem Aufschub zugestimmt haben, den Sie vor Ihrer Entscheidung zu wünschen scheinen. Ich muß aber um Entschuldigung dafür bitten, daß ich die Beendigung dieser Debatte schon heute abend herbeizuführen genötigt bin. Ich reise Sonnabend früh nach London und werde mit den Vorbereitungen dieser Reise in Anspruch genommen sein."

Der Ministerpräsident ging dann auf die vorhergegangenen Reden ein und sagte: „Ist es wahr, daß die Regierung nichts weiter zu tun hat als die Früchte zu pflücken, die man für sie hat reifen lassen? Vielleicht ist ihre Aufgabe doch schwerer." In seinen weiteren Ausführungen unterstrich Herriot mit immer wachsendem Temperament den demokratischen Charakter seiner Regierung und verteidigte lebhaft und heftig seine Regierungsgrundsätze.

Er sagte u. a.: „Man hat mir gestern vorgeworfen, daß ich eine homogene Regierung gebildet habe. Ich habe darin die parlamentarischen Regeln streng befolgt." Sein Kabinett sei homogen und er erkläre unumwunden, wenn er keine ausgesprochene demokratische Mehrheit erlangen könne, um sein Programm durchzuführen, würde er auf die Ministerschaft verzichten. Die neue Regierung habe damit begonnen, das Ermächtigungsgesetz aufzuheben und eine weitgehende Amnestie zu gewähren.

Die vorgelegten Gesetzentwürfe müsse man diskutieren, aber es habe keinen Wert, sich zu ungeduldigen Debatten herzugeben, in deren Verlauf man alle Fragen anschneide, ohne auch nur eine einzige zu lösen. Er ersuche die Mehrheit, Arbeitsgeist zu entfalten und sich nur auf die Diskussion der notwendigen Reformen zu beschränken. Aus diesem Grunde wolle er heute nur drei Fragen behandeln: Die Frage der Abschaffung der Botschaft am Vatikan, die Finanzfrage und die Frage der Außenpolitik.

Er sei kein Antiklerikaler, aber er müsse feststellen, daß er schon 1919 bei der Errichtung der Botschaft beim Vatikan sich hiergegen ausgesprochen habe. Sein Vorgehen habe nichts mit Intoleranz zu tun. Er habe nicht die Absicht, die Gefühle der Katholiken zu verletzen, und er erkenne wohl an, was die katholische Religion Gutes geschaffen habe und noch schaffe. Er müsse aber den Grundsätzen treu bleiben, die er früher vertreten habe. — Ein Abgeordneter ruft dazwischen: Ein Minister könne nicht handeln, wie ein Mitglied der Opposition! — Herriot erwidert: Aber ein Minister müsse seiner Weltanschauung treu bleiben.

Die Rechte unterbricht den Ministerpräsidenten häufig, was Gegenkundgebungen seitens der Linken hervorruft. Als der Abgeordnete General de Saint-Just, der der Demokratisch-Republikanischen Union angehört, eine Bemerkung macht, ertönt von Links der Ruf: Die Mordgeneräle sollen schweigen! Es entsteht ein ungeheurer Tumult. Die Diener müssen eingreifen, um Handgreiflichkeiten zu verhindern. Nur mit Mühe kann sich der Kammerpräsident Gehör verschaffen, der den Abgeordneten, der diese Bemerkung gemacht hatte, auffordert, sich zu melden und seine Äußerung zu erläutern. Es meldet sich der sozialistische Abg. Simon Reynaud, der erklärt, er habe von dem sprechen wollen, was sich während des Krieges ereignet habe. Diese Erläuterung wird als unbefriedigend erklärt, und viele Abgeordnete der Rechten dringen auf die Ministerbank ein und schreien: Nollet, Nollet, Nollet! In diesem Augenblick hebt der Kammerpräsident Painlevé die Sitzung auf.

Damit ist der Tumult jedoch noch nicht beendet. In dem großen Stimmengewirr ist es unmöglich, die Äußerungen zu verstehen, die seitens der Kammermitglieder von rechts und links gemacht werden. Die Saaldiener haben die größte Mühe, Tätlichkeiten zu verhindern. Erst als der Abg. Reynaud das Wort ergreift, um sich zu entschuldigen, kehrt allmählich die Ruhe wieder, so daß der Kammerpräsident Painlevé die Sitzung wieder eröffnen kann, um Ministerpräsident Herriot Gelegenheit zu geben, seine Rede fortzusetzen.

Herriot sagt, die Regierung werde sich um Ersparnisse bemühen. Was die Kapitalsteuer anbetreffe, so habe er erklärt, daß es sich nur um eine Illusion handeln würde, wenn ihr nicht die strenge Durchführung der Einkommensteuer vorausginge. Im übrigen habe der Sturz des Franken ohnehin schon als Kapitalsteuer gewirkt.

Herriot geht dann zur elsässisch-lothringischen Frage über. Er lege Wert auf die Feststellung, daß alle Traditionen Elsaß-Lothringens respektiert werden sollen. Schließlich antwortet der Ministerpräsident dem Abgeordneten Le Trocquer, der die Richtigkeit der von ihm vorgebrachten Schlüsse bezweifelte. Um den Ertrag der Ruhroperation abzuschätzen, müsse man sie mit dem vergleichen, was man unter anderen Umständen hätte erzielen können. Besonders mit den 950 Millionen Sachlieferungen, die Frankreich 1922 erhalten sollte.

Hierauf unterbricht der Abgeordnete Reibel, früher Minister für die befreiten Gebiete, unter großem Lärm und erklärt von seiner Bank aus, Herriot vertrete heute denselben gefährlichen und alten Standpunkt, den Briand gestern vertreten habe, daß nämlich Frankreich, zum mindesten aber seine Regierungen nicht das Nötige getan hätten, um die Sachlieferungen zu erhalten, auf die sie Anspruch hätten. Wenn Herriot diese These aufrechterhalte, dann führe das dazu, daß er Deutschland entschuldige. Diese Worte lösen einen ungeheuren Tumult auf der Linken aus.

(Siehe auch vierte Seite.)

Außenpolitische Ausblicke.

England und Mexiko. / Macdonald über Deutschlands Völkerbundsbeteiligung. / Möglichkeiten deutscher Kolonialpolitik. / Eine Niederlage des englischen Kabinetts. / Krise des Fascismus. / Der Ferne und der Nahe Osten.

Wenn in seligen Vorkriegstagen ein internationaler Konflikt nach dem Beispiel des jüngsten zwischen England und Mexiko entstanden wäre, so hätte die Presse aller Länder ellenlange Artikel gebracht, über die Kriegsgefahr geschrieben und Interviews mit den leitenden Staatsmännern der beiden beteiligten Länder veranstaltet. Daß das heute beinahe in die Rubrik „Vermischtes" zurückgedrängt und von den näher liegenden Problemen, als vielmehr auf die allgemeine psychologische Verfassung der noch immer nicht durch geregelte Zustände abgelösten Nachkriegszeit zurück. Wichtigeres steht für uns im Vordergrund der Interessen — für uns, für die übrigen Großmächte und auch für die nächstbeteiligte, für England. Für uns: die Annahme und Durchführung der Sachverständigengutachten, die Regelung unserer Beziehungen zu Frankreich und der übrigen Entente, die sich allmählich wieder als festumrissener Begriff zeigt, die Erledigung der Militärkontrollfrage und, in weiterem Verlauf, unser Verhältnis zum Völkerbund, unser Wiedereintritt in die Völkerfamilie, nicht zuletzt unter Beteiligung an ihren Kolonialaufgaben. Für Frankreich: der Revers zu allen diesen Fragen und obendrein die innerpolitische Sorge um die Tragfähigkeit des Blocks, der einen eigentlich seit Vorkriegstagen bestehenden abgelöst hat. Für England: neben ähnlichen innerpolitischen Problemen die Sorge um den Bestand und Zusammenhalt des Empire, die Beseitigung wirtschaftlicher Nöte. Für Italien endlich: die Affäre Matteotti, die nur ein Symptom für größere und noch schwerwiegendere Vorgänge scheint.

*

Trotzdem ist der englisch-mexikanische Zwischenfall eine Angelegenheit von großer Bedeutung. Ueber ihre Vorgeschichte ist bisher so wenig bekannt, daß es angebracht scheint, sie kurz zu erläutern. Der Streitgegenstand ist die Ausweisung des englischen Petroleum Agenten Cummins, der in dieser Mission seit Abbruch der offiziellen diplomatischen Beziehungen, seit der Abreise des britischen Gesandten Sir Lyonel Carden, also seit etwa acht Jahren fungiert. H. A. C. Cummins war ursprünglich Mineningenieur, lebt seit 30 Jahren in Mexiko und wurde dort vor etwa 20 Jahren englischer Bizekonsul in Guymas Señora, bevor er während der Revolutionsjahre als Vertreter aller britischen Interessen seinen Posten in Mexiko bezog. In scharfen Kämpfen hat er seither die bedeutenden britischen Werte verteidigt, die in Oelquellen, Fleischpackereien usw. angelegt sind und den Gegenstand manches offenen und heimlichen Konflikts mit den Vereinigten Staaten gebildet haben. Daß er sich deshalb keiner großen Beliebtheit bei der Regierung Obregon erfreut, die als einzige Großmacht England noch immer nicht anerkannt hat, ist an sich kein Wunder. Erstaunlich ist nur, daß die Mexikaner nicht einmal die Ankunft des in besonderer Mission angekündigten Sir Thomas Hohler, gleichfalls eines alten Mexikokenners, abgewartet haben, der offenbar als Gesandter nach Beilegung der diplomatischen Schwierigkeiten in Aussicht genommen war. Cummins hat nun den Auftrag erhalten, Mexiko zu verlassen, und zwar von seiner eigenen Regierung, nachdem er einem Ausweisungsbefehl der mexikanischen keine Folge geleistet hat. Der Zwischenfall, der etwas an das Vorgehen des venezolanischen Diktators Castro gegenüber dem deutschen Vertreter im Jahre 1902 erinnert, dürfte freilich kaum zu militärischen Demonstrationen oder gar zu kriegerischen Handlungen führen.

*

So sehr auch Macdonald auf die Erhaltung des britischen Prestiges bedacht ist, liegen ihm doch Kundgebungen, bei denen mit dem Säbel gerasselt werden muß, nicht im mindesten, und er wird vielleicht ganz gern einen solchen Zwischenfall minderen Ranges zum Anlaß nehmen, um eine englische außenpolitische Frage vor den Völkerbund zu bringen. Seinen Standpunkt gegenüber Deutschlands Beitritt zum Bunde hat er vor wenigen Tagen in einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage des konservativen Unterhausmitgliedes Terrell neuerdings formuliert:

„Das Verfahren beim Völkerbund geht so vor sich, daß Nationen, die Mitglieder des Bundes werden wollen, ihm einen Antrag zu diesem Zwecke vorlegen. Der Bund lädt Nationen nicht ein, Mitglieder zu werden. Die (englische) Regierung ist sicherlich einer Zulassung Deutschlands zum Bund zum ehestmöglichen Augenblick günstig gesinnt und würde Deutschlands Zulassungsantrag willkommen heißen."

Macdonald hat an diese Ausführungen, die mit einer Anfrage über den Stand der Militärkontrolle verknüpft waren